

An alle Haushalte

Sie stellen die Weichen



Die Alternative Liste informiert



Zum 35jährigen Bestehen (2019) hatten wir einen Magier eingeladen, der die BürgerInnen zum Mitmachen animierte

Inhalt

Wir stellen uns vor	3
Was wir erreichen konnten	4
Wir wollen unser Krankenhaus stärken	5
Eine Kette von Fehlentscheidungen	6
Wann kommt die Augenarztpraxis?	8
Wülfing, Schmuckkästchen oder Steuergrab?	9
Ist der Bürgermeister weisungsgebunden?	10
Radevormwald braucht eine Polizeiwache	11
Zusammenarbeit CDU - SPD Version 2.0	12
Schulpolitik in Radevormwald	13
Wir wollen ein größeres Informationsangebot	14
Lokale Klimapolitik	15
Oberbergischer Kreis: Ideenlos und kostspielig	16
Jede Wahl ist wie die Andere?	17
Wer möchte sich politisch engagieren?	19
SPD fordert Zentrum für Industriekultur	19
Aufgaben der kommenden Sitzungsperiode	20
Wülfingphantasien	20

Wir stellen uns vor

Die Alternative Liste Radevormwald (AL) ist die älteste unabhängige Wählergemeinschaft in Radevormwald. Im Winter 1983/4 fanden sich Menschen aus vielen politischen Lagern zusammen, die mit der bis dahin vorherrschenden drei-Parteien Ordnung (CDU, SPD, FDP) unzufrieden waren. Im Herbst 1984 gelang es der AL aus dem Stand 2 Ratsitze zu erobern und seitdem sind wir ununterbrochen im Rat der Stadt vertreten. Obwohl wir nunmehr mehr als 40 Jahre in der Radevormwalder Lokalpolitik tätig sind, stoßen wir leider immer noch auf Radevormwalder, die uns sagen, dass sie noch nie etwas von der Alternativen Liste gehört hätten. Dieses Heft versucht, an diesem Zustand etwas zu ändern. Zu den Grundlagen dieser Wählergemeinschaft gehört ein ausgeprägtes Demokratieverständnis, was sich darin zeigt, dass die Bürger möglichst viel in Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollten, was aber voraussetzt, dass die Bürger möglichst umfassend informiert werden müssen. Im ersten Jahrzehnt – ohne Internetdominanz – haben wir regelmäßig Lokalzeitungen herausgegeben, während wir danach stärker auf digitale Plattformen gesetzt haben. Aber in beiden Fällen fällt viel Arbeit an, die immer schwerer von einer relativ kleinen Gruppe von Menschen zu bewerkstelligen ist. Dabei gehört es auch zu unserem Selbstverständnis, Aussagen – von wem sie auch immer gemacht werden – zu hinterfragen.

Was macht nun eine Wählergemeinschaft aus? Unsere Mitglieder können in allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen oder Parteien Mitglied sein und dennoch in der AL mitarbeiten, sofern diese Institutionen sich nicht selbst in Radevormwald zur Wahl stellen.

Wir machen nur Politik in und für Radevormwald. Das ist ein Vorteil und Nachteil zugleich. Der unschätzbare Vorteil besteht darin, dass wir in keine Parteihierarchie eingebunden sind. Wer im Kreis, Land oder Bund Verantwortung trägt ist völlig belanglos. Wir prüfen die politischen Ideen nur auf ihre lokalpolitische Tauglichkeit und müssen dabei nicht Rücksicht nehmen auf übergeordneten Parteistrategien!

Der Nachteil besteht darin, dass wir nicht eingebunden sind in ein überörtliches Information- und Entscheidungsnetzwerk. Es fehlt uns der „kurze Draht“ zu den übergeordneten Entscheidungsebenen. Weil sich inzwischen aber in den bundesweit agierenden Parteien zumeist ein unkritisches Loyalitätsbewusstsein breit gemacht hat, und deshalb die Vorschläge der übergeordneten Ebenen nicht auf ihre lokale Anwendbarkeit geprüft werden und man deshalb auch zu keinen eigenständigen Positionen findet, relativiert sich dieser Nachteil sehr stark. Ein solches „Parteisoldatenverständnis“ findet sich zum Beispiel bei den Themen Krankenhaus und Polizeiwache.

Nicht alle Themen dieses Heftes sind vergnüglich. Es steht auch nicht die Unterhaltungsabsicht im Vordergrund, sondern wir möchten sie möglichst umfassend über die politischen Ereignisse der zu Ende gehenden Sitzungsperiode informieren. Dennoch hoffen wir, dass sie auch ein wenig Freude beim Lesen oder Durchblättern dieses Heftes empfinden.

Ihre Alternative Liste Radevormwald im Februar/März 2025

Impressum

Herausgeber: Alternative Liste Radevormwald
Vi.S.P.: Rolf Ebbinghaus, Herm.-Löns-Weg 7, 42477 Radevormwald
Fotos: © Rolf Ebbinghaus, ausgenommen Seite 12



1984 begann die politische Arbeit mit selbst gezeichneten Plakaten

Was wir erreichen konnten

Die Alternative Liste ist in der jetzigen Sitzungsperiode mit 2 Ratssitzen vertreten und stellt damit die kleinste Fraktion! Unter diesen Umständen können wir i.d.R. unsere Ideen nicht unmittelbar durchsetzen. Aber in der Vergangenheit hat sich häufig gezeigt, dass AL-Ideen viel Zeit benötigen bis sie - vielleicht erst

nach Jahren - von einer Ratsmehrheit beschlossen werden. Dennoch wurden einige der Forderungen aus dem Wahlprogramm des Jahres 2020 umgesetzt. In loser Reihenfolge werden wir in diesem Heft auf diese politischen Erfolge aufmerksam machen.



Der Zugang zur Sporthalle der Grundschule Stadt ist inzwischen barrierefrei



Eine der wenigen Fälle, bei denen wir sofort eine Mehrheit gefunden haben, war unser Antrag den Zugang zur Turnhalle der Grundschule Stadt barrierefrei zu gestalten. Dieser Zugang von der Kottenstraße war durch mehrfache Treppenstufen für ältere Menschen, Eltern mit Kinderwagen etc. nur unter erschwerten Bedingungen zu erreichen. Inzwischen ist dieser Missstand Geschichte und der Halleneingang kann ohne Behinderungen erreicht werden.



Schon 2017 hatten wir in einem Antrag gefordert, dass der Verkehr an der Kreuzung Ülfe-Wuppertal-Str./Wülfingstr. durch eine Ampel geregelt werden sollte. Das wurde damals abgelehnt. Inzwischen hat aber ein Gutachter, der von „StraßenNRW“ ausgewählt wurde, bestätigt, dass die Ampel die sicherste Verkehrsregelung in diesem Bereich ist. Deshalb akzeptiert inzwischen auch „StraßenNRW“ dieses Ergebnis. Es besteht also die berechtigte Hoffnung, dass das Baustellenprovisorium durch eine reguläre Ampelanlage abgelöst wird.

Wir wollen unser Krankenhaus stärken



Ende Juli 2024 wurden wir von zahlreichen Bürgern angesprochen, ob es, wie in Wermelskirchen, auch für Radevormwald eine Petition zur Erhaltung der endoprothetischen Abteilung geben würde. Es gab eine solche Petition zu diesem Zeitpunkt für das Radevormwald Krankenhaus nicht und deshalb haben wir versprochen, eine solche Petition ins Leben zu rufen. Bis Ende November haben dann mehr als 8000 Bürgerinnen und Bürger diese Petition online oder durch Unterschrift unterstützt. Für diese breite Unterstützung sagen wir noch einmal allen Bürgerinnen und Bürgern danke!

Hintergrund war die vom nordrhein-westfälischen Gesundheitsminister Laumann initiierte Gesundheitsreform, die die Absicht besitzt, Leistungsangebote zu bündeln und damit das System kostengünstiger zu gestalten. Nach den ursprünglichen Plänen sollte sowohl die endoprothetische Abteilung (Operationen an Knie, Hüfte) sowohl in Wermelskirchen als auch in Radevormwald und auch an vielen anderen Orten geschlossen werden. In Radevormwald war aber gerade diese Abteilung stark besucht und bildete einen wesentlichen Teil der wirtschaftlichen Absicherung des Krankenhauses. Deshalb machten sich viele Menschen sorgen um die zukünftige Existenzsicherung des Krankenhauses.



Vom ersten Tag der Petition wurden wir vom Bürgermeister und der Verwaltung unterstützt, weil auch hier die Bestandsgefährdung des Krankenhauses befürchtet wurde. Der Bürgermeister hatte sich schon vor dem Start der Petition mit einem offenen Brief an den Vorstand zu Wort gemeldet. Anders sah es allerdings in der Radevormwalder Lokalpolitik aus. Die RatskollegInnen von CDU und SPD wollten sich nicht gegen die Überlegungen ihrer Minister stellen und duckten sich mehr minder erfolgreich weg. Es war schwierig, dann im Oktober einen einstimmigen Beschluss des Rates herbeizuführen, der sich den Sorgen der Bürger um die Existenz des Krankenhauses in Radevormwald anschloss!

Als wir (Verwaltung, Krankenhausleitung, AL) Anfang Dezember zur Übergabe der Petition im Ministerium in Düsseldorf waren, wurde uns eröffnet, dass ein wesentlicher Bezugspunkt für die Beurteilung der Situa-

tion die Stellungnahme der Kreise bzw. der selbständigen Kommunen sei. Der oberbergische Kreis hatte aber in seiner Stellungnahme nur Bezug auf die eigenen Krankenhäuser genommen und die vielgestaltigere Struktur mit kommerziellen Kliniken (Helios, Sana) des Nordkreises völlig weglassen. Leider hat sich der Kreistag bis heute nicht mit diesem Verhalten des Landrates kritisch auseinandergesetzt! Dies ist auch ein Beleg dafür, welche Bedeutung der Nordkreis in Gummersbach genießt!

Bei dem Gespräch in Düsseldorf wurde darüber hinaus deutlich, dass es zwei Felder gab, die noch einmal nachträglich zu Beginn des Jahres 2025 von Sana bearbeitet werden könnten. Das betraf einmal die Einrichtung einer kardiologischen Abteilung als auch die Patientenumverteilung von endoprothetischen Fällen zwischen den konzernangehörigen Häusern in Remscheid und Radevormwald. Der Sana-Konzern war eindeutig



Beim Karnevalsanzug 2025 zeigten die MitarbeiterInnen, dass sie weiterhin für ihr Krankenhaus eintreten

aufgefordert zu handeln.

In der Sozialausschusssitzung vom 11.02.2025 bemühte sich die Geschäftsführerin der Sana Häuser in Remscheid und Radevormwald die Sorgen um die Existenz des Radevormwalder Krankenhauses zu zerstreuen. Sie wies auf die neu aufzubauende Schilddrüsenabteilung hin. Sie gab aber keine Antwort darauf, ob der Konzern an einem Konzept wie das Ministerium vorgeschlagen hatte, gearbeitet wurde, sondern wies darauf hin, dass der Konzern in der Frage der endo-

prothetischen Abteilung den Klageweg eingeschlagen habe. Wir sind skeptisch, ob mit den richtigen Instrumenten an der Erhaltung des Hauses gearbeitet wird. In der gleichen Sitzung bemühte sich die CDU und später auch die SPD in der örtlichen Presse, den Eindruck zu erwecken, AL, Verwaltung und Bürger hätten sich der "Schwarzmalerei"

bedient. Leider haben diese Bürgervertreter (?) immer noch nicht verstanden, dass sie sich für die Interessen der Radevormwalder Bevölkerung einsetzen müssen und nicht der verlängerte Arm des CDU-Landesministers oder der CDU-Landtagsfraktion bzw. des SPD-Bundesministers sind.

Eine Kette von Fehlentscheidungen

Man glaubt es ja kaum. Modeerscheinungen gibt es auch in der Stadtplanung. So war der Begriff „Stadtvilla“ um 2010 in aller Munde. Unsere damalige Planungsdezernentin Frau Gottlieb beobachtete gern die städtebaulichen Trends und wollte auch in Radevorm-



Nach Jahren des Leerstandes wirkte der Straßenzug recht sanierungsbedürftig

wald Stadt villen verwirklichen. Ursprünglich dachte „man“ ganz groß und wollte den Block von heutigen Rossmann (damals leerstehend) bis bis zur Nordstraße 10 völlig neu überbauen. Dann musste es doch ein wenig kleiner gehen: Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurde dazu genutzt - teilweise gegen den Wunsch der Eigentümer - die Gebäude 4, 6, 8 zu kaufen. Dann wurde ein Architekturwettbewerb zur Bebauung dieses Gebietes gestartet und als dieses Ergebnis vorlag, wollte sich kein Investor finden, der die Pläne realisieren mochte. Das war weniger Pech, als die falsche Reihenfolge. Erst Investor suchen und mit ihm gemeinsam planen wäre wahrscheinlich der erfolgversprechendere Weg gewesen. Das Scheitern dieser ersten Pläne stand dann etwa 2013 fest.

Die Häuser waren inzwischen unbewohnt und alterten vor sich hin. 2017/18 entwickelte die Verwaltung eine neue Idee. Diesmal sollte an dieser Stelle ein Verwaltungsnebengebäude entstehen, in das das Jugend- und

Schulamt einziehen sollte. Diese Ämter sind bis heute in angemieteten Räumen des ehemaligen Postgebäudes untergebracht. Die SPD-Fraktion wünschte sich aber an dieser Stelle ein Leuchtturmprojekt, dass die gesamte Innenstadt beleben sollte. Schnell wurde ein renommiertes Düsseldorfer Architekturbüro vermittelt. Der Erstentwurf aus viel Glas war auch recht beeindruckend. Bei näherer Betrachtung kamen der Verwaltung und dem Bürgermeister erste Bedenken was die Bau- aber vor allem auch die Folgekosten betraf. Sowohl die Klimatisierung des Gebäudes als auch die regelmäßige Reinigung der Glasflächen ließen hohe Unterhaltungskosten erwarten.

Parallel arbeitet die Verwaltung daran, das Projekt innerhalb der Förderkulisse „Integriertes Handlungskonzept Innenstadt 2“ unterzubringen. Allerdings zeigte sich, dass die Bezirksregierung kein „reines“ Verwaltungsnebengebäude bezuschussen wollte. Die Bedingung war, dass das Gebäude auch von Bürgern (Vereine, politische Gruppen etc.) genutzt werden müssen. Um diese breitere Nutzung im Namen zu verdeutlichen wurde das Neubauprojekt von da an als **Wohnzimmer der Stadt** bezeichnet.

Wir haben dieses Konzept immer abgelehnt, weil wir der Auffassung waren und sind, dass ein reines Verwaltungsgebäude nicht nur im Bau, sondern auch in der Unterhaltung deutlich preiswerter sein würde und deshalb den Verzicht auf die Fördergelder mehr als ausgleichen würde.

Da die Zeit für die Beantragung der Fördergelder inzwischen drängte, wurde der haus-eigene Architekt mit dem Entwurf des Wohnzimmers beauftragt. Dieses Konzept wurde dann auch genehmigt.

Es dauerte dann noch bis ins Jahr 2020 bis mit dem Abbruch der Althäuser begonnen wurde. Das ursprünglich beauftragte Abrissunternehmen musste auf Veranlassung der Aufsichtsbehörden ausgetauscht werden, weil dieses Unternehmen die Vorgaben für



die Behandlung gefährliche/belasteter Stoffe nicht beachtete. Erst gegen Ende 2021 war dann das Gelände freigeräumt. Erst 2024 ging es dann mit der Beratung über den Bau weiter. Das betreuende Architekturbüro war inzwischen wieder ausgewechselt worden. Die Gründe kennen wir bis heute nicht. Dieses Büro stellte dann im Bauausschuss einen ersten Entwurf zur **Fassadengestaltung** vor. Das Büro schlägt eine Holzschindelfassade vor. Im Bauausschuss war zwar keine Fraktion von diesem Vorschlag überzeugt, aber eine Mehrheit, die in die Gestaltungsvorstellungen des Architekten eingreifen wollte, fand sich aber auch nicht.

Nun folgte der bislang letzte Akt im Verlauf dieser traurigen Geschichte zur Neugestaltung der Nordstraße. Der erste Aufschlag kam dazu von der FDP-Fraktion. Sie wollte am 16.04.24 wissen, wie der Neubau angesichts der schwierigen Haushaltssituation gestoppt werden könnte. Wie gesagt, wir haben das Konzept dieses Hauses **nie** mitgetragen, aber das Projekt nun zu stoppen und damit das Geld, das bislang in dieses Projekt geflossen ist als verloren zu betrachten, hielten wir für eine ganz schlechte Idee. Sie wurde auch von der Verwaltung und der Mehrheit des Rates nicht weiterverfolgt. Allerdings war der erste Beigeordnete sensibilisiert und berichtete knapp zwei Monate später über inflationsbedingt zu erwartende Kostensteigerungen und dem Versuch, Kosten zu sparen. Das Architekturbüro sah im Wegfall der Unterkellerung des Gebäudes eine mögliche Sparvariante. Sie sollte zu etwa 500.000 € Einsparungen führen, was nach Abzug der Förderung eine Minderbelastung für die Stadt von ca. 150.000 € führen sollte. Im Keller waren aber das Archiv und die Räume für die Vereine vorgesehen. Die CDU beantragt in der Ratssitzung am 02. Juli 2024 dann die Planung ohne Keller weiter fortzusetzen. Dagegen sprachen folgende Argumente:

- Es war ungewiss, ob die Bezirksregierung der geänderten Planung zustimmen würde.
- Der Zeitplan zur Ausführung des Bauprojektes war zur Einhaltung der Förderbedingungen schon recht eng und würde sich durch die Umplanung weiter hinauszögern.
- Das Konzept einer multifunktionalen Nutzung durch Vereine und Ämter würde sich weiter verschärfen. Schul- und Jugend-

amt sind sensible Bereich mit Publikumsverkehr, so dass wir uns auch eine zeitlich gestaffelte Nutzung gleicher Räume durch Ämter und Bürger nicht vorstellen können.

Die SPD, die schon seit zwei Jahren dadurch auffällt, dass sie den Anträgen der CDU zur Mehrheit verhilft, war auch in diesem Fall gerne dazu bereit, obwohl Verwaltung und alle übrigen Fraktionen vor einem solchen Schritt warnten.

Auch die Bezirksregierung hatte große Bauschmerzen mit dem geänderten Konzept. Letztlich hat sie die Befürwortung **signalisiert**. Dennoch war die Entscheidung von CDU und SPD eine **krasse Fehlentscheidung**. Das Archiv, das vom Jugendamt intensiv genutzt wird, könnte noch durch eine Digitalisierungsoffensive ausgeglichen werden, die multifunktionale Nutzung der Räume können wir uns nun aber gar nicht mehr vorstellen.

Seit annähernd 15 Jahren beschäftigt die Nordstraße die Lokalpolitik. Aus einer kreativen Laune stolperte die ursprüngliche Idee von Fehlentscheidung zu Fehlentscheidung. Sie ist damit ein Beleg für die Unfähigkeit der Politik auch einmal innezuhalten und sich zu korrigieren. Leider ist das nur allzu menschlich, weil es nicht zu unseren Stärken zählt, Fehler einzuzugestehen und auch gegebenenfalls umzukehren. Es bleibt abzuwarten, ob das Gebäude nun noch rechtzeitig fertig wird, um die Förderbedingungen einzuhalten. Hätte sich die Mehrheit des Rates 2018/2019 darauf verständigt, ein reines Verwaltungsgebäude in Eigenregie ohne Förderung zu bauen, so wie es die AL-Fraktion vorgeschlagen hatte, wäre dieses Gebäude schon lange fertig, und außerdem deutlich preiswerter, weil uns die großen Baupreissteigerung der letzten zwei Jahre erspart geblieben wären.



Am 06. März war symbolischer Baubeginn. Auch hier kommt wieder ein vorgefertigter Holzständerbau zum Einsatz.

Wann kommt die Augenarztpraxis?

Seit Jahren fehlt in Radevormwald eine Augenarztpraxis. Das ist nicht nur für die älteren Mitbürger belastend, weil sie nicht mehr so mobil sind, sondern auch für die jüngeren Kassenpatienten, weil es schwierig ist, bei den Praxen der umliegenden Städte, einen Termin zu bekommen. Der Bürgermeister betrachtet seit seinem Amtsantritt im November 2015 die ärztliche Versorgung als seine Spezialaufgabe. Insofern war es für ihn selbstverständlich, dass er seit dem Bekanntwerden der Aufgabe der Augenarztpraxis an einer Nachfolge gearbeitet hat. Ende 2023 zeichnete sich dann eine Lösung ab, weil eine Praxis aus Wuppertal eine Filiale in Radevormwald errichten wollte. Zunächst entwickelte sich die Angelegenheit recht positiv. Die Praxiseröffnung sollte eigentlich noch vor dem Jahresende 2024 stattfinden. Leider ist das nicht gelungen. Das Genehmigungsverfahren liegt immer noch bei der kassenärztlichen Vereinigung. Genauere Kenntnisse über die Hintergründe besitzen wir leider nicht.

Aber dieser Vorgang gibt Anlass, das System unseres Gesundheitssystems einmal näher zu betrachten.



Hier sollte auch die neue Praxis eingerichtet werden. Bleibt zu hoffen, dass der Arzt nicht das Interesse verliert!

Seit Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist unser Gesundheitssystem immer stärker für eine Privatisierung geöffnet worden. Ab Anfang der 2000er Jahre dürfen auch Nichtmediziner Eigentümer von Arztpraxen sein. Internationale Investoren haben inzwischen einen großen Anteil der Augenarztpraxen in Deutschland erworben.¹ Das hat Folgen für die Patienten und das Gesundheitssystem. Weil im Vordergrund die Rendite steht, wird zu teuren

Behandlungsformen geraten, auch wenn sie nicht notwendig sind, mit der Folge, dass die Behandlungskosten explodieren.

Aber es scheint auch ein Trend zu sein, Praxissitze zu sammeln, d.h. selbst wenn ein Praxissitz nicht selbst genutzt wird, wird er aber auch nicht für andere Bewerber freigegeben, um den Wettbewerbsdruck künstlich zu verkleinern.

Damit kommen wir zu dem zweiten Fehler im System. Praxissitze durch die „Kollegen“ (Kassenärztliche Vereinigung) zu lizenzieren, um damit ein standesgemäßes Einkommen sicherzustellen, erinnert eher an die Zunft- und Gildenordnung des Mittelalters als an die soziale Marktwirtschaft. Wichtiger ist aber noch, dass die aktuelle Situation von

¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/arztketten-monopolisierung-augeheilkunde-101.html>
<https://taz.de/Augenarzt-ueber-Kauf-von-Arztpraxen!/5941543/>

einer höchst problematischen Verteilung der Praxissitze gekennzeichnet ist. In großen Städten haben wir es mit einer komfortablen Dichte zu tun, während die ländlichen Regionen immer mehr ausbluten. Wenn wir die Sitze regulieren wollen, dann müsste auf die Verteilung der Arztpraxen vorrangig geachtet werden. Das ließe sich eventuell auch über eine differenzierte Gebührengestaltung erreichen, soll heißen, die Leistung in ländlichen Regionen wird besser vergütet als in der Stadt.

Womit wir bei den Veränderungsvorschlägen wären, die wir aber in der **Kommunalpolitik nicht umsetzen** können.

- Die Zulassung von Finanzinvestoren als Praxisbetreiber muss wieder zurückgenommen werden!
- Die bisherige Regulation durch die kassenärztliche Vereinigung muss entweder vollständig abgeschafft oder durch andere verteilungspolitische Kriterien ersetzt werden.
- Die Zahl der medizinischen Ausbildungsplätze an den Universitäten ist drastisch auszubauen. Die Abiturdurchschnittsnote darf nicht das alleinige Merkmal zur Zulassung zu einem Medizinstudium sein.

Die Stadt Halver hatte zu Beginn dieses Jahres beschlossen, die Ansiedlung von Ärzten durch Prämien zu belohnen. Ein solches Verfahren lehnen wir ab, weil es nicht geeignet ist, den Ärztemangel grundsätzlich zu beheben. Vor allem aber würden sich die Städte damit auf eine schiefe Bahn begeben, die in einem Prämienüberbietungswettbewerb enden könnte. Leider befürwortete der Bürgermeisterkandidat der CDU Dejan Vuji-novic ein solches Verfahren!



Wülfig, Schmuckkästchen oder Steuergrab?

Wülfig ist der „Dauerbrenner“ in der Radevormwalder Lokalpolitik schlechthin. 2002 kam es zu einer ersten Bürgerversammlung, in der Gutachter und Architekten ihre Ideen zur Entwicklung des Wülfig Geländes vorstellten. Die Bürger sollten an der Weiterentwicklung der Ideen mitwirken. Das war ein bunter Luftballon. Er stieg auf und ward nicht mehr gesehen! Bis 2007 geschah dann fast nichts mehr. Danach nahm sich die neu eingestellte Beigeordnete für Stadtentwicklung Frau Gottlieb des Themas an. Das Textilmuseum, erste Büroräume und der Eingang zu diesen Objekten nahm Gestalt an. Leider war die Durchführung der Bauprojekte nicht immer rechtskonform, so dass es 2014 zu einem plötzlichen Stillstand der Weiterentwicklung kam. Der Platz reicht an dieser Stelle nicht, um über die Irrungen und Wirrungen dieses Projektes zu berichten.

2018 wollte die Verwaltung das Wülfig-Projekt noch einmal in dem Regionalprogramm für das Jahr 2025 unterbringen. Der engagierte Projektplaner hatte Großes vor. Es sollte ein Rucksackhotel an einem Fernradweg entstehen, darüber hinaus sollte das alte Kesselhaus sich zur Eventlokation wandeln, ein Tiefparkhaus in den Berg gesprengt und letztlich die ungenutzten Räume in Büros

verwandelt werden. Dieses Konzept war für die Stadt viel zu groß. Auch die Regionalmittel hätten nicht ausgereicht, um diesen Gesamtplan für die Stadt bezahlbar zu machen.

Seitdem fehlt bis heute, dass von uns immer wieder eingeforderte Gesamtnutzungskonzept. Die CDU forderte 2023 ein „Co-Working-Space“ (anmietbare Büroräume). Diese Idee wurde von einem Gutachter soeben abgelehnt. Die Flächen seien zu groß, die Nachfrage zu klein und die Lage zu ungünstig. Schlimmer sind hingegen die Vorschläge der SPD. Nach deren Vorstellungen sollte sich das Wülfiggelände zu einem „kulturellen Zentrum“ entwickeln. Für den SPD-Vorsitzenden können die Kategorien nie groß genug sein. Statt Einnahmen würden dem Steuerzahler zusätzliche hohen Kosten aufgebürdet. Die Politik der lokalen SPD zeichnet sich in den letzten Jahren vor allem dadurch aus, dass großzügig Ausgaben für einzelne Interessengruppen generiert werden, sich aber wenig Gedanken darüber gemacht wird, wie diese Ausgaben finanziert werden könnten. Häufig gewinnt man den Eindruck, bei der SPD wird gerne darüber hinweg gesehen, dass Radevormwald eine Kleinstadt ist, und damit „nur“ über beschränkte Finanzmittel



Die Mischnutzung des Geländes erschwert eine sinnvolle Vermarktung

verfügt. Aufgrund der Zusammenarbeit von SPD und CDU ist der politische Druck hoch, das Bismarck-Museum, das bis jetzt im alten Bismarck-Gelände untergebracht ist, auch an die Wupper zu bringen. Die Verwaltung hat nun das Erdgeschoss als Unterbringungsmöglichkeit angeboten. Wir werden diesem Ansinnen wahrscheinlich nicht zustimmen, nicht weil wir das Museum nicht retten wollten, sondern weil der Verein klar kommuniziert hat, dass er diese „Lösung“ als eine vorübergehende Unterbringung ansieht und die Kosten von 90.00 € für die Herrichtung des Erdgeschosses verloren wären, wenn man anschließend doch in den 2. Stock auf mehr als 500 m² umziehen möchte. Und weil die Irrationalität in der Radevormwalder Politik beheimatet ist, muss befürchtet werden, dass am Ende aufgrund eines Kuh-

handels zwischen CDU und SPD, das auch gelingen wird.



Andererseits, die Vermarktung des Geländes ist schwierig, weil es drei Eigentümer gibt, mit ganz verschiedenen Nutzungsvorstellungen. Darüber hinaus fehlt es an einer stützenden Infrastruktur. Das beginnt mit den engen Zufahrtswegen und ist mit den fehlenden Parkplätzen noch nicht abgeschlossen. Parkplätze sollen nun an der Wupperstraße eingerichtet werden. Dennoch ist das gesamte Gelände für einen ausgiebigen Individualverkehr ungeeignet. Die private Nutzerstruktur besitzt aber noch einen weiteren Aspekt. Wenn Vorschläge zum Ausbau der

Infrastruktur in der Politik gemacht werden, kann man sich nicht immer sicher sein, ob sich hier eine Partei nicht besonders für die Interessen eines privaten Eigentümers einsetzt. In der Vergangenheit beschlich einen dieses Gefühl nicht selten!

Wir wünschen uns, dass endlich ein **realistisches** Vermarktungskonzept erarbeitet wird und dann auf dieser Basis auch die Sanierung der Gebäude geplant und angefasst wird. Allerdings hat die SPD ein Nutzungskonzept für die Ratssitzung Ende April angekündigt. Wir sind gespannt darauf, welchen Interessen hierbei gedient werden soll! (Siehe S. 19)

Ist der Bürgermeister weisungsgebunden?

Remonstration ist nach dem Beamtenrecht die Aufgabe eines nachgeordneten Beamten, eine Dienstanweisung des/der Vorgesetzten auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen. Hat der nachgeordnete Beamte Bedenken zur Rechtmäßigkeit, besteht für ihn die **Pflicht** der gegebenen Dienstanweisung zu widersprechen.



Nähere Erläuterungen zum juristischen Begriff der Remonstration finden sie z. B. unter: [https://de.](https://de.wikipedia.org/wiki/Remonstration)

[wikipedia.org/wiki/Remonstration](https://de.wikipedia.org/wiki/Remonstration)

Ein Bürgermeister ist ein Wahlbeamter. Dennoch stellt sich die Frage, ob angesichts des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung (Recht der Gemeinden z. B. über Einnahmen und Ausgaben selbstständig zu entscheiden) der Bürgermeister Teil einer Weisungshierarchie vom Bund über Land und Kreis ist und somit in jedem Fall den Weisungen „übergeordneter Behörden“ zu folgen hat. Dies ist eine eher grundsätzliche juristische Frage, die bislang nicht bearbeitet wurde und viele Bereiche der öffentlichen Arbeit, wie z.B. auch die Bereitstellung von Kitaplätzen betrifft. (Vom Bund beschlossener Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kitaplatz, ohne dass dadurch die Folgen vom Bund vollumfänglich getragen werden.)

Gegen Ende des Jahres 2023 nutzte der Radevormwalder Bürgermeister diese offene juristische Frage, um die wöchentliche Zuweisung von Asylbewerbern durch den Regierungspräsidenten in Arnberg in Zweifel zu ziehen. Herr Mans argumentierte, dass er gegenüber den Asylsuchenden fürsorgepflichtig sei und nur so lange Asylsuchende aufnehmen könne, wie die Möglichkeit bestände,

- diese Menschen angemessen unterzubringen,
- deren Kinder mit Kita- bzw. Schulplätzen zu versorgen,
- und mit Hilfe von MitarbeiterInnen und ehrenamtlichen HelferInnen für die Integration in der Gemeinde sorgen könnte.

Der Kreis, die Bezirksregierung und das Land waren zunächst erstaunt über diesen Widerspruch und letztlich auch verärgert, weil hier lieb gewordene Abläufe schlicht hinterfragt wurden. Weil Gespräche zwischen den Behörden zu keiner Lösung führten, landete der Sachverhalt beim Verwaltungsgericht, das - wie man hört - froh darüber ist, sich mit einer solchen grundlegenden Frage beschäftigen zu dürfen. Dabei halten sich die Kosten bislang in einem sehr niedrigen Bereich.

Wer nun glaubt, dass die Orts-CDU sich für eine solche Haltung des Bürgermeisters begeistern würde und ihm den Rücken stärkt, wird enttäuscht. Wenn die CDU auch im Bund den Mund gar nicht voll genug nehmen kann und sich als Kämpfer gegen die Migration aufspielt, ist die grundsätzliche rechtli-



che Frage, ob der Bürgermeister bei der Zuweisung von Asylbewerbern weisungsgebunden ist, gar nicht im Sinne der örtlichen CDU-Mitglieder. Denn dieser parteilose, unabhängige Bürgermeister legt sich auf allen Ebenen (Kreis, Bezirksregierung und Land) mit CDU-Funktionsträgern an. Als braver (loyaler) Parteisoldat darf das natür-

lich gar nicht sein. Und so versucht die CDU diesen Rechtsstreit zu hinterfragen. Gleichzeitig möchte sie aber auch nicht als Beschützer von Migrationsrechten gesehen werden. Eine fatale Zwickmühle. Dass die zugrundeliegende juristische Frage, ob ein Bürgermeister in jedem Fall weisungsgebunden ist, juristisch hinterfragt wird, begrüßen wir!

Radevormwald braucht eine Polizeiwache

Seit mehr als 10 Jahren bemüht sich die Radevormwalder Lokalpolitik relativ geschlossen um die Wiedereröffnung einer Polizeiwache in Radevormwald. Die Kriminalstatistik 2023 belegte anschaulich, dass die Aussage des Kreises, das Radevormwald eine völlig unauffällige Kommune sei, falsch ist. Wir haben dies zum Anlass genommen, die offizielle Kriminalstatistik näher auf die örtliche Verteilung der Kriminalfälle zu untersuchen. Diese Untersuchung haben wir dem Landrat zugeschickt und gleichzeitig eine Einwohnerfrage an den Kreistag gerichtet. Dabei war unser Ziel, das Bewusstsein für die Situation einer Kommune zu schärfen, die sich in der Nachbarschaft zweier Großstädte befindet und über keine eigene Polizeiwache verfügt und es deshalb u.a. zu Einsatzzeiten von Polizeifahrzeugen kommen kann, die mehr als eine Stunde betragen.

Worin bestand nun die Reaktion des Landrates. Zunächst lehnte er es ab, unsere Anfragen als Einwohnerfrage im Kreistag zu behandeln, weil der Kreistag nicht über die Organisation der Kreispolizeibehörde entscheiden könne. Das ist formaljuristisch richtig. Dennoch hat die Öffentlichkeit und der Kreistag ein Anrecht auf Information zu den Organisationsstrukturen der Kreispolizei. Und weil die Anfrage nicht als Einwohnerfrage behandelt wurde, hoffte der Landrat wohl, eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit verhindern zu können.

In der Sache bemühte sich der Landrat, unsere Ergebnisse als einmaligen Ausreißer darzustellen. Auch die tatsächlichen Probleme für die Fahrzeiten der Polizei wurden bagatellisiert. So kämen Einsätze mit mehr als 60minütiger Einsatzzeit nur in 3,8% aller Fälle vor. Und diese Fälle wären nicht von besonderer Dringlichkeit gewesen. Insgesamt kam der Landrat deshalb zu der Schlussfolgerung: Die Bürger in Radevormwald können sich sicher fühlen und müssen nicht die

Befürchtung besitzen, von der Kreispolizei als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Die Verhältnisse sind gut, wie sie sind und bedürfen deshalb auch keiner Nachbesserung.

Von einem Parteimitglied der CDU, die bundesweit öffentlichkeitswirksam immer für mehr Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung eintritt, dürfte allerdings eine verantwortungsvollere Wahrnehmung der Bürgerinteressen erwarten werden.

Und wie haben sich die Parteien vor Ort verhalten? Es gab weder eine Unterstützung noch den Versuch, sich in die Diskussion einzubringen. Einzig unser Bürgermeister ist seiner politischen Linie treu geblieben und hat diese Diskussion zum Anlass genommen, eine eigenständige Polizeiwache in Radevormwald noch einmal selbst anzumahnen. Wie ist ein solches Verhalten der lokalen Parteivertreter erklärbar?

- Die Kreistagsmitglieder verstehen sich nicht als Anwälte ihrer Kommunen, aus denen sie gewählt wurden. Es herrscht der Irrglaube vor, dass es sich um eine eigenständige Instanz handelt, bei der sie die Interessen der Gesamtbevölkerung des Kreises vertreten.



Wir brauchen kein Alibibüro ohne feste Öffnungszeiten, sondern eine reguläre Wache





- Die Kreistagsmitglieder sind eingebunden in eine Parteihierarchie. Gegen die Mitglieder der eigenen Partei auf einer höheren Parteebene „rebelliert“ man nicht! Dieses Phänomen wird ihnen in diesem Heft häufiger begegnet.

- Leider steht – mindestens in der Radevormwalder Politik – die Sache selten im Vordergrund. Wenn der politische Wettbewerber für ein Thema eintritt, möchte man ihn nicht dadurch stärken, dass man ihm recht gibt. Dabei wird übersehen, dass die Lösung eines Problems, das durch überparteiliche Zusammenarbeit erreicht wird, alle Parteien, die an der Lösung gearbeitet haben, stärkt.

Deshalb verwundert es umso mehr, dass der ernannte Bürgermeisterkandidat der CDU Dejan Vujinovic sich das Thema „Sicherheit“ zum zentralen Wahlkampfthema ausgewählt

hat. Die Kommune ist zwar der Ort, an dem die Defizite der Sicherheitspolitik sichtbar werden, aber die Kommune hat so gut wie gar keine eigenständigen Instrumente, um die Sicherheit im eigenen Ort zu verbessern. In einigen CDU-geführten Ländern, so auch in NRW, wurde in den letzten Jahren ein System von scheinbaren „Hilfspolizisten“ aufgebaut. Mitarbeiter des Ordnungsamtes bekommen Uniformen und Fahrzeuge, die an die Polizei erinnern sollen. Aber diese Mitarbeiter haben keine **polizeilichen Befugnisse** und auch nicht die entsprechende Ausstattung! Wir haben es hier mit einer Form von Symbolpolitik zu tun. Nur in der Kasse der Kommune wird dieses Symbol sehr real! Herr Vujinovic hat in einem Interview betont, dass es in Fragen der Sicherheit in Radevormwald noch viel Luft nach oben gäbe. Ja, aber nur, wenn er erkennt, dass er innerhalb seiner Partei für eine Veränderung der Polizeiorganisation eintreten muss!

Zusammenarbeit CDU - SPD Version 2.0

Heute hört man häufig den Satz „Die politische Mitte muss zu Kompromissen und Zusammenarbeit in der Lage sein“. Das ist richtig. Dennoch gibt es seit etwas mehr als zwei Jahren die Entwicklung in der Radevormwalder Lokalpolitik, dass CDU und SPD sich in ihren Auffassungen stützen, obwohl

sie nicht gleicher Meinung sind. Frei nach dem Motto „Gibst Du mir, so gebe ich dir“. Das ist deshalb so problematisch, weil damit die Diskussion um die Sache eingeschränkt/verhindert und reinen Machtspielchen geopfert wird. Ganz deutlich wurde dies bei den Haushaltsanträgen für den Haushaltsentwurf 2024. Zum Thema „Wülfingnutzung“ (Coworking Space [CDU], Ansiedlung eines weiteren Museums [SPD]) präsentierte man zwar unterschiedliche Vorschläge, bescheinigte sich aber gleichzeitig, wie gut man die Vorschläge der anderen Partei fand, obgleich sie sich in der Nutzungsabsicht eigentlich widersprachen. Beim Haushaltsentwurf 2025 ging es dann so weit, dass man sich auch auf Beträge verständigt hatte. Ich bekommen 20.000 € für den

Kulturkreis zur Finanzierung von Kinder- und Jugendaufführungen (CDU, mit Zustimmung AL), wenn du 20.000 € für die Musikschule bekommst (SPD, Änderungsantrag durch AL).

Wie gesagt, grundsätzlich ist Zusammenarbeit und Kompromissfähigkeit gefordert. Darum geht es hier aber nicht, sondern hier wird der Kompromiss durch einen Kuhhandel ersetzt. Und wer sich mit der Lokalpolitik in Radevormwald schon etwas länger beschäftigt, weiß, dass solches Verhalten immer auch von parteistrategischen Überlegungen getragen wird. Diese „Zusammenarbeit im Kleinen“ wird nur geübt, um sie dann auf größere Themen auszuweiten. Welche „Deals“ die beiden Parteien für nach den Wahlen im Auge haben, wissen wir nicht. Nur völlig neu ist dieses Verhalten auch nicht. 2015 hatten sich beide Parteien auf einen CDU-Bürgermeisterkandidaten verständigt und wie man gerüchteweise erfuhr, sollte wohl insbesondere der SPD-Fraktionsvorsitzende durch Funktionen/Ämter entlohnt werden. Damals scheiterte diese Absicht grundlegend, weil die Radevormwalder den von der AL aufgestellten unabhängigen Kandidaten Johannes Mans zum Bürgermeister wählten. Ob und in welchem Umfang diese beiden Parteien nun eine Wiederauflage planen, bleibt abzuwarten.



Foto: Joel Fazhari, Pixabay
bearbeitet: AL Radevormwald

Schulpolitik in Radevormwald

Im Herbst 2017 legten zwei Gutachter (Herr Ginosko, Uni Duisburg/Essen) und Dr. Garbe (Garbe Consulting) einen Schulentwicklungsplan für die Grundschulen vor. Darin wurden auch die vorhandenen Gebäude auf ihre Eignung untersucht. Das Ergebnis war recht eindeutig. Das Gebäude der Kath. Grundschule Lindenbaum entsprach in keiner Weise den derzeitigen Anforderungen. Die Gutachter empfahlen einen Neubau. Die Grundschule Bergerhof war sanierungsbedürftig, sollte aber nicht neu gebaut werden. Die beiden anderen Standorte (Innenstadt und Brede) sollten uneingeschränkt weiter betrieben werden.

Warum auch immer, die CDU war mit diesem Ergebnis unzufrieden. Sie versuchte in den Folgejahren immer wieder den schlechten Zustand von Lindenbaum zu verharmlosen und stattdessen den Neubau von Bergerhof zu beschließen. Die SPD war zunächst auch auf Seiten der Gutachter und präferierte den Neubau von Lindenbaum. Je länger die Diskussion andauerte, näherten sich beide Par-

liche Erschließung. Wir sind für eine dreizügige Auslegung der Schule eingetreten, um die Grundschulkapazitäten nicht von vornherein auf ein mögliches Wachstum bzw. kleinere Klassenstärken einzustellen. Die Verwaltung hat das mit der politischen Mehrheit (CDU, SPD, Grüne) aus Kostengründen abgelehnt! Ebenso wurden alle Versuche abgeblockt, die darauf abzielten, den „Elternverkehr“ für die Grundschule aus der Stichstraße herauszuhalten. Wir fürchten deshalb, dass ähnlich der Situation in der Hermannstraße, auch hier ein allmorgentliches Verkehrschaos ausbrechen wird. Sehr geholfen hätte es, wenn die große Kreuzung am Kreuz zu einem Kreisverkehr umgestaltet würde, um damit den linksabbiegenden Verkehr aus Bergerhof unterbinden zu können. Eine solche Maßnahme ist aber mit der Landesbehörde „StraßenNRW“ bestenfalls in Jahrzehnten abzustimmen. Wir fürchten, dass die tatsächlichen Baukosten am Ende die heutige Berechnung von 32,75 Mio. € überschreiten wird. Selbst wenn es nur 35 Mio. € werden sollten, haben wir damit schon 75%



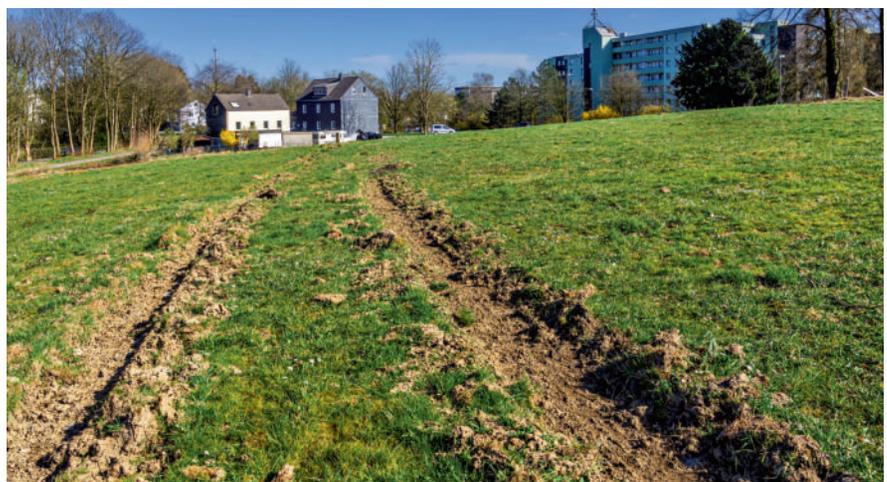
Wir haben im Wahlprogramm 2020 den Neubau der Grundschule Lindenbaum gefordert. Dieser Neubau ist nun in der Realisierung. Wichtig war uns aber auch, dass den Jugendlichen ein Freizeitgelände (Skaterpark) angeboten werden sollte. Im Rahmen des Grundschulneubaus ist mindestens ein Gelände neben den Gebäuden des Bildungshauses dafür vorgesehen. Es wird wichtig sein, darauf zu achten, dass der Plan auch umgesetzt wird.



teien allerdings immer mehr an. Zur Kommunalwahl 2020 war deshalb eine unserer zentralen Forderungen, die Kath. Grundschule neu zu bauen. Es dauerte dann allerdings noch bis in das späte Frühjahr 2021, bis der Rat endlich einen Neubaubeschluss fasste. Allerdings um den Preis, dass nicht eine, sondern zwei Schulen neu gebaut werden sollten, also auch die Grundschule Bergerhof. Als das Gutachten 2017 veröffentlicht wurde, waren wir bei einer Kostenschätzung von 13 bis 15 Mio €. 2021 veranschlagte der Kämmerer für jede der Schulneubauten 20 Mio €, in Summe als 40 Mio. Wir waren uns damals schon unsicher, ob das zu stemmen ist, haben aber der Vorlage zugestimmt, damit endlich der Neubau für die Lindenbaumschule in Angriff genommen werden konnte.

Gerade unter Kostengesichtspunkten haben wir in der Planungsphase darauf gedrungen, eine serielle Bauweise (bauen mit vorgefertigten Teilen) zu prüfen. Leider standen wir damit weitgehend allein. Die Folge: Die derzeit vor Baubeginn „berechneten“ Kosten liegen nun bei 32,75 Mio. €! Weitere Streitpunkte waren die Zügigkeit und die verkehr-

des Betrages verbraucht, den wir 2021 für die zweite Schule vorgesehen hatten. Unter diesem Aspekt haben wir bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2024 versucht, den ursprünglichen Beschluss dahin gehend zu ändern, dass die Schule Bergerhof schnell einer Grundsanierung zugeführt werden



Inzwischen wurde das Baugrundstück frei geräumt

sollte, aber auf einen Neubau verzichtet wird.



Diese Variante ist nicht nur viel günstiger, sondern verbessert die Situation der Kinder und LehrerInnen in dieser Schule viel schneller. Ohne eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung mit unseren Argumenten

haben CDU und SPD diesen Vorschlag abgelehnt. Man kann ja hoffen, dass von dem in Rede stehenden 500 Milliarden Infrastrukturlpaket des Bundes Radevormwald etwas abbekommt. Aber im Dez. 2024 war das nicht bekannt. CDU/SPD steuerten auf ein finanzielles Desaster hin und möchten sich erst Gedanken machen, wenn der Wagen gegen die Wand gefahren ist! Schade!



Schon in der vorangegangenen Sitzungsperiode haben wir uns einen Jugendbeirat gewünscht. Deshalb stand dieser Wunsch auch recht weit oben in unserem Wahlprogramm 2020. Weil nach 2020 auch die SPD ein Interesse an einem solchen Gremium bekundete (sie nannte es zunächst Jugendrat) gelang es, anfänglich gegen den Widerstand der CDU ein solches Gremium zu gründen. Wir hoffen, dass es dazu beitragen kann, Jugendliche für ihre Stadt und die Lokalpolitik zu interessieren!

Wir wollen ein größeres Informationsangebot

Wir wissen, dass sich junge Menschen vor allem über das Internet informieren. Diese Quellen sind häufig sehr einseitig, aber vor allem wenig lokalpolitisch ausgerichtet. Deshalb hat der Rat schon in seiner vorangegangenen Sitzungsperiode mehrfach über die „Übertragung“ der Ratssitzung ins Internet diskutiert.

Ratsmitglied sich hier in Ausübung eines öffentlichen Amtes befindet. Die CDU hat aber erfolgreich verhindert, zu endgültigen Beschlüssen zu kommen. Selbst die Veröffentlichung der Sprachaufzeichnung wurde abgelehnt. Durch den Zuwachs an CDU-Stimmen im jetzigen Rat war dieses Thema förmlich tabu. Übrigens ist diese Methode in Wipperfürth seit vielen Jahren Praxis, trotz relativer CDU-Mehrheit.



Wir finden: 1,5 Zeitungen sind als Informationsquelle zu wenig!

In der letzten Sitzung der vorangegangenen Sitzungsperiode (2020) debattierte der Rat über das Streamen¹ von Ratssitzungen. Die Verwaltung befürchtete einen hohen Arbeitsaufwand und damit hohe Kosten. Die CDU wehrte sich insbesondere mit dem Argument des Datenschutzes, weil das Recht des Ratsmitgliedes am eigenen Bild nicht hinreichend berücksichtigt werden könnte. Dieser Gedanke wurde vor allem auch von der RUA² gestützt. Diese Darstellung ist juristisch zwar höchst zweifelhaft, weil die Ratssitzung ein öffentlicher Raum und das

Das Interesse der BürgerInnen, insbesondere junger Menschen ist der Radevormwalder CDU-Fraktion keine Anstrengung wert! Sie befindet sich heute in einer Situation, in der sie von der Lokalpresse bevorzugt behandelt wird. Die Argumente der „Opposition“ kommen nur in verkürzter Form oder gar nicht vor. Während die SPD bis 2020 noch die Forderung der Ratsaufzeichnung mitgetragen hat, ist ihr Interesse an diesem Thema inzwischen stark zurückgegangen. Für die angestrebte Zusammenarbeit mit der CDU müssen auch mal Opfer gebracht werden.

¹ Unter streaming wird die (live-) Übertragung ins Internet verstanden

² Die RUA hat sich offiziell erst danach gebildet. Herr Lorenz war aber auch damals Mitglied des Rates

Rates

Lokale Klimapolitik

Klimapolitik ist ein Begriff, der voller Emotionen steckt. Während im Bundestagswahlkampf 2021 dieses Thema noch breit diskutiert wurde, wird es in diesem Jahr eher verschwiegen oder diejenigen, die immer schon behauptet haben, dass es den Klimawandel nicht gibt, sehen sich im Vorteil.

Faktisch schmelzen aber die Gletscher und die Eiskappen der Pole. Die erst für das Jahr 2050 erwartete Überschreitung des in Paris vereinbarten Grenzwertes von 1,5 Grad der globaler Erderwärmung wurde 2024 zum ersten Mal gerissen. Es ist keine gute und schon gar keine verantwortungsvolle Politik, über diese Tatsachen einfach hinweg zu sehen und die damit verbundenen Folgen auszublenden.

Radevormwald war in der Vergangenheit immer eine Kommune, die eher nach der Devise lebte „Nur keine Experimente“. Als sich in den 90iger Jahren die Chance auftat, die Wasserkraftwerke der insolventen Textilbetriebe an der Wupper zu übernehmen, war weder in der Politik noch in den Stadtwerken jemand mutig genug, diese sich bietende Chance zu ergreifen. Wir verdienen zwar kein Geld mit den privaten Anlagen, wir sind aber an ihren Nebenkosten beteiligt, wie z.B. bei Sicherung des Obergrabens. Seit mehr als 10 Jahren fordern wir, Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern zu installieren, so auch beim Umbau vom „AquaFun“ zum „Lifeness“. Das war 2008. 2024 ist dieser Vorschlag nun in die Umsetzung gekommen. Einfach nur traurig!

In den vergangenen vier Jahren haben wir zwei Initiativen für eine lokale Klimapolitik gestartet. Die Bundesregierung hat 2023 ein Gesetz verabschiedet, dass den Kommunen die Aufgabe übertrug, eine kommunale Wärmeplanung bis zum Jahr 2028 zu erarbeiten. Das bedeutete, dass die Kommunen prüfen sollten, in welchen Stadtbereichen eine kommunale (zentrale) Wärmeversorgung möglich ist. Aus Sicht der Gemeinde belastet diese Aufgabe die Stadt, aber aus Sicht der Bürger und Verbraucher ist es eine unerlässliche Hilfe zu wissen, ob an ihrem Wohnort eine

zentrale Wärmeversorgung geplant ist. Während der Städte- und Gemeindebund behauptete, die meisten Städte wären schon lange bei der Arbeit, baute die politische Mehrheit in Radevormwald darauf, dass das Gesetz ja noch nicht beschlossen worden sei und bis 2028 noch einmal gewählt würde, so dass sich ja wieder einiges ändern könnte! Ja das ist leider richtig! Aber macht es wirklich Sinn, aus ideologischen Gründen alle vier Jahre schon begonnene Arbeiten „auf den Müll zu werfen“? Die Transformation zu einer CO₂-armen Wirtschaft/Gesellschaft lässt sich nicht grundsätzlich verhindern. Dann ist es auch nicht sinnvoll, diesen Prozess immer weiter hinauszuzögern und



Diese Art der nutzlosen, symbolischen Klimapolitik lehnen wir ab!

damit den notwendigen Wandel in einem immer engeren Zeitfenster zusammen zu drängen. Leider konnte sich auch auf Seiten der Stadtwerke Niemand ein neues Produkt namens „Wärme“ vorstellen.

Seit Ende 2023 ist Verwaltung und Politik mit der Planung des Baus einer neuen Grundschule am Kreuz beschäftigt. Wir haben dieses Projekt zum Anlass genommen, im Februar 2024 einen Energiemanagementplan für das gesamte Gebiet des Schulzentrums einschließlich der Hermannstraßengebäude anzuregen. Die CDU argumentierte, sie hätte diese Begutachtung 2021 schon eingefordert



und inzwischen sei die Verwaltung auch so weit, dass sie in wenigen Wochen eine umfassende Lösung präsentieren könnte. Wir haben deshalb unseren Antrag zunächst zurückgestellt. Leider zeigte sich dann, dass der Antrag der CDU viel allgemeiner gehalten war und die Ergebnisse der Überlegungen viel zu wenig konkret ausfielen. Leider hat das mit der Bauplanung beauftragte Architekturbüro bis heute keine konkrete Planung für die Klimatisierung des neuen Bildungshauses am Kreuz vorgelegt.

Sicher kann mit noch so vielen Maßnahmen in Radevormwald die Klimabilanz der Bundesrepublik **nicht** nachhaltig verbessert werden, wie auch eine nachhaltige Klimapolitik Deutschlands die Situation der Welt nicht grundlegend verbessert. Aber wenn alle

so denken und handeln ist die Katastrophe unabwendbar. Jeder sollte und muss die Möglichkeiten ergreifen, die ihm zur Verfügung stehen und darf sich nicht davon abhalten lassen, wenn der Nachbar zunächst nicht handelt. Zugeben, wirtschaftspolitisch ist ein solcher Kurs nicht ohne Risiko! Allerdings sind wir kein Freund von Symbolhandlungen. Die von den Radevormwalder Grünen geforderten vertikalen Gärten wurden von einer Ratsmehrheit gerne beschlossen. Sie schaden scheinbar Niemanden unmittelbar (außer dem Steuerzahler), sind aber leider für das Klima – auch der Innenstadt – nutzlos. Diese 50.000 € wären in der Förderung von Fassaden- oder Dachbegrünungen viel sinnvoller eingesetzt gewesen!



Seit mehr als 10 Jahren fordern wir, dass die Stadt die Dächer der eigenen Gebäude für Photovoltaikanlagen nutzt. Bislang wurde diese Forderung immer mit dem Hinweis auf statische Probleme abgelehnt. Nun sind erste Anlagen auf dem Rathausdach und dem Dach der Spielhalle des Lifeness installiert worden. Es gibt aber sicherlich in diesem Bereich noch viel Luft nach oben!

Oberbergischer Kreis: Ideenlos und kostspielig

Der oberbergische Kreis, in der Form wie wir ihn heute kennen, wurde 1974 gebildet. Zum „alten Oberbergischen Kreis“ kamen die Städte Engelskirchen, Lindlar, Wipperfürth, Hückeswagen und Radevormwald dazu. Aber auch 50 Jahre später zerfällt der Kreis immer noch in zwei Teile, dem Süd- und den Nordkreis. Die Kreisverwaltung in Gummersbach vernachlässigt i.d.R. die Anliegen des Nordkreises. Das beginnt bei der Ausrichtung des kreiseigenen Verkehrsträgers OVAG – der im Südkreis deutlich mehr Linien als im Nordkreis betreibt – und endet nicht bei der Krankenhausreform, bei der der Kreis den Nordkreis völlig „vergessen“ hatte.

So weit so schlecht! Aber wodurch fällt der Kreis ansonsten noch auf? In der Finanzpolitik ist der Kreis deutlich besser aufgestellt, als die kreisange-

hörigen Kommunen. Dennoch hat er bei kleinsten Finanzierungslücken in der Vergangenheit immer zuerst daran gedacht, auf die Erhöhung der Kreisumlage zu setzen. Die Begriffe effizientere Verwaltung und Digitalisierung sucht man in den politischen Vorstellungen des Landrates vergeblich.¹ So hat man in den vergangenen Jahren an der Erweiterung des Kreishauses gearbeitet, streng nach dem Motto „Jede Bürokratie dient zunächst sich selbst!“. Statt Ausbau wäre die Dezentralisierung das notwendige Konzept. So könnte z. B. das Kreisverkehrsamt bis auf einen Server vollständig aufgelöst werden. An-, Ab- und Ummelden sollten so weit wie möglich online erledigt werden können, und der Rest durch Mitarbeiter der lokalen Verwaltung in den kreisangehörigen Städten. Das dient den Bürgerinnen und Bürgern, weil damit die weiten Wege und die häufig sehr langen Wartezeiten entfallen würden. Stattdessen plant der Kreis eine Erweiterung des Kreisgebäudes für die Kleinigkeit von 200 Mio. €. Darin sind aber noch nicht die Baupreissteigerun-

¹ <https://www1.wdr.de/dossiers/kandidatencheck/2020/video/video-jochen-hagt-von-cdu-fuer-das-amt-desder-landratlandraetin-in-oberbergischer-kreis-zur-kommunalwahl--102.html>



Das wichtigste Projekt des Kreises: Erweiterung des Kreishauses für 200 Mio €.

gen der vergangenen Monate eingepreist. Zahlen dürfen das dann alle kreisangehörigen Gemeinden durch höher Umlagen.

Der von der CDU benannte Kandidat zur Nachfolge von Herrn Hagt, Kreisdirektor Grotens, bietet, soweit dies bis jetzt erkennbar ist, keine Hoffnung darauf, dass die Kreisverwaltung auf Effizienz und Sparsamkeit ausgerichtet wird. Als gelernter Verwaltungsjurist sind Begriffe wie Wirtschaftlichkeit und effiziente Ablaufsteuerung eher Kategorien, die ihm völlig fremd sind. Leider nickt die bisherige politische Mehrheit alles

ab. Die Folgen für die kreisangehörigen Gemeinden gerät dabei völlig aus dem Blick! CDU, UWG, FDP handeln frei nach dem Motto „Wat mutt dat mutt“. Deshalb **unser Rat**: Versuchen Sie bei Ihrer Wahlentscheidung zum Kreistag darauf zu achten, dass die Bewerber bereit sind, auch gegen die „großen Parteilinien“ die Interessen ihrer eigenen Stadt in den **Vordergrund** zu stellen. Darüber hinaus würden wir uns im Rahmen einer notwendigen großen Steuerreform wünschen, dass die Kreise eigenständige Mittel erhalten und ihnen der Zugriff auf die Gemeindekasse verwehrt wird!



2018 schloss die Stadt mit dem Kreis eine Vereinbarung über die Durchführung von Brandverhütungsschauen. Dabei legte der Kreis eine zeitabhängige Gebührensatzung zu Grunde, was dazu führt, dass Gewerbebetriebe je weiter sie von Gummersbach entfernt liegen, mehr zahlen müssen. Leider blieben wir die einzige Fraktion, die das kritisierte. Inzwischen hat die Verwaltung an der Qualifizierung ihrer Mitarbeiter gearbeitet. Seit dem 01.01.2025 führt die Radevormwalder Feuerwehr selbst diese Brandverhütungsschauen durch! Damit besteht auch die Chance, dass die Gebühren für die Radevormwalder Betriebe sinken!

Jede Wahl ist wie die Andere?

Ja das stimmt insoweit, als jedes Mal ein Parlament, also eine Vertretung der Bevölkerung gewählt wird. Aber, jedes Parlament hat sehr unterschiedliche Aufgaben. So geht es im Rat der Stadt nicht um die „großen Fragen“ von Krieg und Frieden, den Fragen der nationalen oder europäischen Asylpolitik etc. Insofern seien sie vorsichtig gegenüber den Wahlbewerbern, die bei Europa-, Bundestags- und Gemeindewahl immer mit den gleichen Slogans antreten. Hier herrscht nicht nur lokalpolitische Ideenlosigkeit vor, sondern der reine Machtanspruch. Was eine Politik, die nur nach Macht strebt, ohne wirkliche Lösungskompetenz zu besitzen, anrichtet, können wir gerade in den USA mitverfolgen. Darüber hinaus bedenken sie: Nicht alle Parteien, die zur Bundestagswahl angetreten sind, besitzen auch vor Ort eine starke personelle Ausstattung. Zwar sollten wir alle mindestens die Wahlkreise mit Kandidatinnen und Kandidaten besetzen, dies heißt aber noch lange nicht, dass die Kandidaten auch verantwortlich im Rat und seinen Gremien auftreten können. Achten sie also bei ihrer Wahlentscheidung darauf, ob die Wahlbewerber die Probleme der Gemeinde anspre-

chen können und auch genügend Menschen in der Organisation vorhanden sind, um die Arbeit stemmen zu können. Das ist im Übrigen auch ein Problem, mit dem wir selbst noch zu kämpfen haben! Darüber an anderer Stelle mehr.

Die Gemeinde stellt im Wesentlichen die lokale Infrastruktur bereit. Das beginnt bei den Straßen und Wegen. Aber nicht alle Straßen, die in der Gemeinde liegen, sind auch wirklich Gemeindestraßen. Die Bewohner der Wupperorte haben das in den letzten Jahren leidvoll erfahren. Sowohl die Hangsicherungsmaßnahmen an der „Ülfe-



Wir bezweifeln, ob es eine gute Idee ist, bei jeder Wahl die gleiche Entscheidung zu treffen

Wuppertalstraße“ als auch der Brückenneubau in Dahlhausen wird von „StraßenNRW“ gesteuert. Deshalb fallen die Entscheidungen in Köln und nicht selten fehlt den Entscheidungsträgern der örtliche Bezug! Zur Infrastruktur zählen aber auch die Kindergärten



Dahlhauser Brückenneubau: Auf Radevormwalder Gemeindegebiet, aber verantwortlich für Planung und Durchführung ist „StraßenNRW“

und Schulen. Bei den Schulen ist die Gemeinde aber „nur“ für die Gebäude und deren Ausstattung zuständig. Die Lehrerausstattung und die Fragen des Unterrichtsinhaltes sind Landesentscheidungen. Relativ frei ist der Rat in den Fragen der Stadtgestaltung, also bei der Frage was und wo kann innerhalb der Stadtgrenzen gebaut

werden. Ein nicht unwesentlicher Teil der städtischen Mittel fließt in den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Vieles ist aber durch Bundes- und Landesgesetz festgelegt und die Gemeinden dürfen nur das Portmonee öffnen. Das gilt zum Beispiel **nicht**, für die Entscheidung, eine „Streetworker(in)“ zu beschäftigen. Übrigens eine Maßnahme, die wir schon vor mehr als 10 Jahren gefordert hatten. Ein ähnliches Problem stellt sich beim Thema Sicherheit. Die Gemeinde ist der Ort, an dem sich die Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen wollen. Die Gemeinde hat aber kaum einen Einfluss auf die Frage der Kriminalitätsbekämpfung. Über die Polizeiorganisation entscheidet das Land. Ebenso wird über die Gerichtsausstattung auf der Seite des Landes entschieden. Die örtliche CDU argumentiert in diesem Zusammenhang häufig mit dem Begriff der „Gefahrenabwehr“, für den auch die Stadt zuständig ist. Das ist zwar richtig, soll sie aber ein Stück in die Irre führen! Dieser Begriff ist sehr weit gefasst! Die Gefahrenabwehr beginnt beim Schneeräumen, geht über die Baustellenabsicherung und endet noch nicht bei der „Bekämpfung“ des gefährlichen Parkens. Was aber die Stadt nicht leisten kann und soll ist Verbrechensbekämpfung!

Auch wenn viele Lebensbereiche nicht unmittelbar in der Gemeinde geregelt werden, es lohnt sich dennoch, sich für die Arbeit in der Gemeinde zu interessieren oder noch besser zu engagieren!



Grundsätzlich hat sich sowohl die Stadt als auch das Land noch nicht von der Idee der Kostenbeteiligung der Bürger im Falle der Straßensanierung verabschiedet. Die Gefahr droht, jetzt vor allen den Bürgern, die an Straßen wohnen, die vor 1952 errichtet und deren Widmung¹ in den vergangenen Jahren neu beschlossen wurde. In diesen Fällen neigen die Stadtverwaltungen dazu, die Maßnahme als einen sogenannten „Neuausbau“ darzustellen. Bei Neuausbauten gilt aber nach Bundesbaugesetz, dass sie zu 90 % von den Anwohnern zu tragen sind. In den vergangenen vier Jahren traf dieses Schicksal die Anwohner der Kohl- und der Dahlhauser Straße. Für die Kohlstraße konnten wir zusammen mit den Bürgern dieses Verhängnis dadurch abwenden, weil es gelang, die Stadt davon zu überzeugen, dass nur eine Oberflächensanierung für diese Straße notwendig ist. In diesem Fall werden die Kosten zu 100 % aus dem städtischen Haushalt finanziert. Wie die Stadt in den anderen Fällen wie z.B. der Dahlhauser Straße entscheidet, ist derzeit noch völlig offen.

¹ Unter Widmung versteht man den Beschluss des Rates, dass eine Straße als öffentlicher Verkehrsweg unter einem bestimmten Namen geführt wird. Gleichzeitig zeigt die Widmung auch an, dass die Straßenerstellung fertig gestellt wurde, womit die Voraussetzung zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen erfüllt ist.

Wer möchte sich politisch engagieren?

Leider ist in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren eine immer größere Polarisierung eingetreten. Die Medien suchen immer häufiger das Außergewöhnliche und den Streit, um darüber zu berichten. Selbst der Wetterbericht muss zur Sensation werden, sonst lässt er sich nicht verbreiten. Das Wort „Unwetter“ wird immer öfter gebraucht. Andererseits suchen viele Menschen auch genau nach diesem Typ von Information.

In der Regel sind die lokalen Ereignisse wenig sensationell. Informationen über die lokalen Ereignisse verbreiten sich daher eher weniger gut. Die Lokalzeitung wird zumeist nur noch von älteren Menschen als Informationsquelle genutzt. Deshalb verwundert es auch nicht, dass das Interesse an Lokalpolitik, aber auch die Bereitschaft sich dafür einzusetzen, abnimmt. Wählergemeinschaften, wie die **Alternative Liste**, haben dann einen doppelt schweren Stand, weil wir nicht nur an dem geringeren Interesse leiden, sondern durch keine übergeordnete Organisation, die in den Fernsehnachrichten vorkommt, vertreten sind. Dass das politische Angebot vor Ort größer ist, bleibt leider einigen Mitbürgern verborgen. Darüber hinaus können wir unseren Mitgliedern keine „Aufstiegschancen“ zu höheren Parteiebenen bieten.

Für uns war es im letzten Jahrzehnt immer schwer, genügend engagierte Bürger zu finden.

In der zu Ende gehenden Sitzungsperiode

haben wir einige Mitglieder durch Krankheit bzw. Tod verloren. Zwar haben wir auch neue Mitglieder gefunden, leider reicht das aber zurzeit noch nicht aus. Es wird schwer, alle Wahlkreise zu besetzen. Wobei das „Amt“ eines Wahlkreiskandidaten noch nicht so belastend ist. Wir benötigen auch Menschen, die bereit sind, über den Wahltag hinaus, die Arbeit in den Ausschüssen und dem Stadtrat mitzugestalten. Dabei sind keine besonderen beruflichen Qualifikationen gefordert. Ebenso ist ihr Alter, Geschlecht oder religiöse Orientierung bedeutungslos. Wichtig ist vor allem, das Interesse an der eigenen Stadt und mögliche Ideen zu ihrer Weiterentwicklung. Ihre allgemeine politische Orientierung tritt dabei auch in den Hintergrund. Allerdings können bei uns keine Bürger mitarbeiten, die Mitglied einer Partei sind, die zur Kommunalwahl in Radevormwald angetreten ist oder antreten wird. Darüber hinaus erwarten wir, dass sie die Demokratie bejahen und ihnen deren Erhalt sehr wichtig ist.

Wenn sie von einigen, in diesem Heft behandelten Themen sich angesprochen fühlen, sie mehr wissen möchten oder noch besser mitwirken möchten, melden sie sich doch bitte unter folgenden Mailadresse:

kontakt@al-rade.de

Wir würden uns sehr über ihre Rückmeldung freuen.



SPD fordert Zentrum für Industriekultur

Nun ist die Katze aus dem Sack. Die SPD beantragt zur Ratssitzung am 29.04. 25 im 2. und 3. Geschoss des Wülfing Gebäudes ein multifunktionales Zentrum zur Radevormwalder Industriekultur einzurichten. Mit dem schon vorhandenen Wülfingmuseum besitzt die Stadt dann ein Museumszentrum von weit mehr als 2000 m²! Klingt für eine Kleinstadt wie Radevormwald geradezu maßgeschneidert! Denn nichts brauchen wir in Radevormwald dringender! Worin die kulturellen Angebote neben Wülfing und Bismarck bestehen könnten und wer ein solches kulturelles Zentrum betreuen und betreiben könnte, verrät uns die SPD-Fraktion natürlich nicht. Was die Herrichtung der Flächen oder gar der Unterhalt des Zentrums den Steuerzahler kosten wird, darum sorgt sich der Fraktionsvorsitzende der SPD und „Event-Manager“ auch nicht. Wo die Parkflächen für das „Kulturzentrum“ entstehen sollen, ist jetzt durch eine Pressemitteilung bekannt geworden (siehe Seite 20). Dass die Verkehrsinfrastruktur gerade auf der linken Wupperseite für ein Kulturzentrum, dem man naturgemäß viele Besucher wünscht, völlig ungeeignet ist, wird von den Befürwortern dieser Idee auch nicht bedacht.

Soll hier nach den Verlusten, die bei der Umwandlung vom Aquafun zum Lifeness entstanden sind, ein neues Millionengrab aufgetan werden? Traurig nur, dass die CDU aus wahltaktischen Gründen diesen „unsinnigen Vorschlägen“ zustimmen wird. Inzwischen wissen wir, dass die CDU dem SPD- Antrag nicht nur zustimmt, sondern, sie bläst ihn mit noch weiteren Forderungen, wie z.B. der Gründung einer gemeinnützigen GmbH weiter auf. Auf der nächsten Seite haben wir noch einmal, abweichend von unserem ursprünglichen Konzept, versucht, die Parkplatzsituation zu veranschaulichen. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren „Wahlgeschenke“ uns in den nächsten Wochen noch präsentiert werden.

Wenn Sie wissen möchten, wie dieser „Krimi“ weitergeht, können Sie das auf unserer Homepage nachlesen! (<https://www.al-rade.de>)

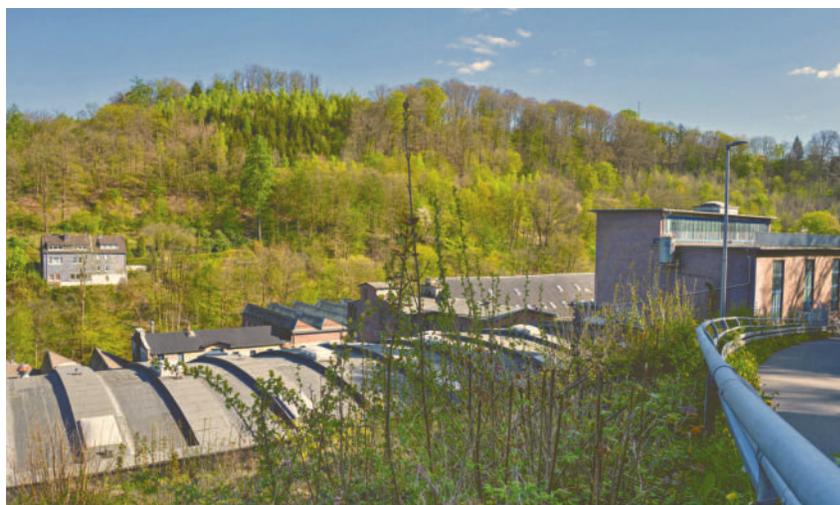
Aufgaben der kommenden Sitzungsperiode

Radevormwald hat in den vergangenen Jahren durchaus einige Fortschritte gemacht. 2015 lagen Baugenehmigungsverfahren auf Halde und der Rat diskutierte, vor allem auf Druck der CDU, über die Abtretung dieses Aufgabenbereichs an den Kreis. Ebenso war es in diesem Jahr nicht möglich, wegen der Schließung der Hauptschule alle Kinder in Radevormwald zu unterrichten. Die Schulprobleme sind zwar nicht alle gelöst und teilweise hätten wir uns bessere Entscheidungen vorstellen können, aber mit dem Bau des „Bildungshauses Am Kreuz“ und der Errichtung der Sekundarschule sind mindestens die größten Schwächen beseitigt.

Natürlich bleibt noch viel zu tun. Wir fassen einmal wesentliche Aufgaben der kommenden Sitzungsperiode in einer Liste zusammen. Diese erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und die Reihenfolge der Aufgaben ist nicht als Prioritätenliste zu sehen:

- Digitalisierung der Verwaltung (Größeres Angebot für Bürger, stärkere Digitalisierung der Ablaufprozesse in der Verwaltung)
- Für den städtischen Teil des Wüfinggeländes ist ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, dass auch Einnahmen erwirtschaftet und die Kosten des bestehenden Museumsbetriebes abfedert.
- Sanierung oder Neubau (soweit finanzierbar) der Grundschule Bergerhof.
- Unterstützung der Transformation zu einer CO₂ armen Stadt:
 - Radwegenetz für **ganz** Radevormwald erarbeiten und umsetzen.
 - Weiterer Ausbau der Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden.
 - Sanierung von Altflächen.
 - Stadtwerke zukunftsfähig gestalten, indem das Portfolio erweitert wird.
 - Konzepte für die Wärmeversorgung erarbeiten.
- Die Finanzierung des Haushaltes muss von Neubauprojekten unabhängig werden.
- Der Glasfaserausbau muss auch in den Außenbezirken realisiert werden.
- Wir brauchen auch zukünftig wieder preisgebundenen Wohnraum. Ein solches Programm ist aber nur mit Förderung durch Bund und Land umsetzbar, würde aber die Chance bieten, unattraktive Altbauflächen zu sanieren.
- Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, z.B. direkte Verbindung nach Schwelm/Ennepetal.

Wüfingphantasien



Das ist das von SPD und CDU bevorzugte Parkplatzgelände (links der Leitplanke) für das angedachte Kulturzentrum! Sie sehen kein Parkplatzgelände. Richtig! Es handelt sich um einen Hang (zwischen 6m -10m tief, geschätzt), der durch Stützmauern gesichert und dann aufgeschüttet werden muss. Eine erste grobe Kostenschätzung prognostiziert minimal 1,3 Mio. € Herstellungskosten! Das sind bei angedachten 40 Stellplätzen 37.500 € minimale Herstellungskosten pro Stellplatz! Diese Parkfläche erfordert dann für ihre Nutzer eine „Wanderung“ über die Wüfingstraße zum Wüfinggelände.

*Der Wüfingstraße fehlt ein Bürgersteig und die Straße ist so eng, dass zwei PKW nur mühsam aneinander vorbei fahren können. Außerdem ist der Zugang zum sogenannten Kulturzentrum topografisch ungünstig (bergab/-auf) und für Fußgänger gefährlich. **Nichts** qualifiziert diesen Hang aus städtischer Sicht, ihn zu einem Parkgelände zu entwickeln.*

*Wir sind der Auffassung, dass diese Planung **ausschließlich dem Eigentümer des Kesselhauses nutzt**, der auf der Ebene der Wüfingstraße inzwischen einen zusätzlichen Eingang geschaffen hat. Wir sind nicht der Auffassung, dass die Stadt die Aufgabe besitzt, private Investitionsvorstellungen finanziell zu ermöglichen!*

